

# W o c h e n b l a t t

für

Wilsdruff, Tharand, Rossen, Siebenlehn  
und die Umgegenden.

A m t s b l a t t

für das Königl. Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N<sup>o</sup>

Freitag, den 24. August 1866.

34.

Verantwortlicher Redacteur und Verleger: A. Lorenz.

Von dieser Zeitschrift erscheint alle Freitage eine Nummer. Der Preis für den Vierteljahrgang beträgt 10 Rgr. und ist jedesmal vorausbezahlen. Sämmtliche Königl. Postämter nehmen Bestellungen darauf an. Anzeigen, welche im nächsten Stück erscheinen sollen, werden in Wilsdruff sowohl (in der Redaction), als auch in der Druckeret d. Bl. in Meissen bis längstens Donnerstag Vormittags 8 Uhr erbeten, Inserate nur gegen sofortige Bezahlung besorgt, etwaige Beiträge, welche der Tendenz des Blattes entsprechen, mit großem Danke angenommen, nach Befinden honorirt.

Die Redaction.

## U m s c h a u.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel mehr, daß sich weder Frankreich noch Rußland in die deutschen Handel-mischen werden. Kaiser Napoleon, ohnehin leidend, mag nicht einen Krieg anfangen, dessen Umfang nicht abzusehen ist und dessen Ausgang möglicherweise seine Dynastie gefährden könnte. Diejenigen werden wohl Recht haben, die schon vor Ausbruch des Krieges behaupteten, daß zwischen Paris und Berlin Alles verabredet gewesen wäre. Der französische Gesandte ist wieder in Berlin und soll die freundschaftlichsten Versicherungen mitgebracht haben. Um den russischen Hof für die preussischen Maßregeln in Deutschland zu gewinnen, wurde der General v. Manteuffel nach Petersburg gesandt. Da Württemberg, dessen König eine Schwester des Kaisers ist, in seinem Bestande nicht angetastet wird, so wird Rußland zu Allem schweigen, was sonst in Deutschland vorgeht. Von dieser Seite beruhigt, hat nun Preußen die Einverleibung von ganz Hannover, Kurhessen, Nassau und der Stadt Frankfurt den versammelten Kammern angekündigt. Ob Bayern noch einen Theil, etwa den Bezirk Culmbach abzutreten haben wird, hängt von den Unterhandlungen ab, die noch im Gange sind, ebenso wie das Schicksal Oberhessens. Daß Hannover ganz annectirt worden ist, soll zum Theil seinen Grund in dem Wunsche der Bevölkerung haben, die lieber ganz preussisch werden, als das Land getheilt sehen wollte. In den Residenzstädten Hannover und Kassel, die natürlich durch den Hof große Vortheile hatten, ist die Stimmung sehr gedrückt. — Der hannoversche Finanzminister hatte seiner Zeit die Staatskasse im Betrage von ca. 19 Millionen Thalern nach Eng-

land geschickt und weigert sich, dieselbe herauszugeben. Der preuß. Civilcommissar hat nun angeordnet, daß die fehlenden Staatspapiere, deren Nummern bekannt worden sind, für ungültig erklärt und daß die Einkünfte des Königs so lange mit Beschlagnahme belegt werden, bis die fehlende Summe an baarem Gelde gedeckt ist.

Ueber das Schicksal Sachsens wird in Berlin verhandelt. Finanzminister v. Friesen und Graf Hohenthal haben die schwierige Aufgabe übernommen, ihnen ist noch Legationsrath v. Zobel beigegeben. Freiherr v. Beust hat seine Entlassung erbeten und erhalten; die übrigen Minister hatten sich dem Gesuche des Herrn v. Beust angeschlossen, Se. Majestät haben jedoch ihre Gesuche nicht angenommen. —

Aus einer Rede, die Graf Bismarck vor einer Commission des Abgeordnetenhauses hielt und worin er die Gründe darlegte, die Preußen zur Einverleibung der übrigen occupirten Staaten bestimmen, geht hervor, daß Sachsen künftig zwei Herrscher haben soll, einen Militär- und einen Civilherrscher. Er hofft selbst nicht viel Gutes von diesem Verhältniß, da der Militärherrscher nur immer fordern müsse und dadurch verhaßt werde, von dem Civilherrscher aber alle Segnungen des Regiments ausgingen. Graf Bismarck bezeichnet diesen Vorschlag selbst als Experiment. In Sachsen hat diese Doppelstellung sehr wenig Anhänger; schon jetzt hört man häufig: „Wenn wir Kriegskosten bezahlen und doch nur eine halbe Selbständigkeit behalten sollen, dann ist es besser, gleich ganz preussisch zu werden!“

In diese jammervolle Lage sind wir durch Oesterreich gebracht worden, das, anstatt klar und vollständig die Friedensbedingungen für Sachsen